

Daseinsvorsorge und Privatisierung aus der Sicht eines Umweltverbandes (BUND)

Inhalt

1. Einleitung
2. "Argumente" für eine Privatisierung
3. Privatisierung und Global Player
- 3.1 NRW
- 3.2 Europa und weltweit
4. Aktivitäten der Umweltverbände (BUND und Verbündete)
5. Neue Herausforderungen
- 5.1 Cross-Border-Leasing
- 5.2 WTO - GATS
- 5.3 Daseinsvorsorge im Sinne der EU
6. Zusammenfassung
Literatur und Quellenverzeichnis

1. Einleitung

Sowohl die EU als auch die Bundesregierung treiben mit ihrer neoliberalen Politik die Deregulierung öffentlicher Dienstleistungen voran. Nach der Liberalisierung des Strom-, Gas- und Telekommunikationsmarktes ist seit einigen Jahren auch der Wassersektor "dran". In der Koalitionsvereinbarung Rot-Grün in NRW heißt es "Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sind öffentliche Aufgaben. Dabei soll die kostengünstigste Organisationsform zur effizienten Aufgabenwahrnehmung gewählt werden" (1). Auf Bundesebene steht im Koalitionsvertrag "Zum Erhalt der hohen Qualität der Trinkwasserversorgung bleibt die Wasserversorgung eine kommunale Aufgabe" (2). In der gegenwärtigen politischen Praxis bedeutet dies für das gesamte parteipolitische Spektrum zumindest Privatisierung in Teilschritten. Viele Kommunalpolitiker sehen nur noch im Verkauf von kommunalen Unternehmen eine Möglichkeit, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen.

Nach Vorlage des sog. EWERS-Gutachtens "Optionen, Chancen und Rahmenbedingungen einer Marktöffnung für eine nachhaltige Wasserversorgung" (3) in 2001 scheint das "Gespenst" der Liberalisierung (Wettbewerb **im** Markt) mit einer Öffnung der Konzessionsgebiete für alle Versorger, Freigabe des Leitungsnetzes, Einschaltung von Zwischenhändlern und dem Spiel der Marktkräfte, die Wasser nur noch als Wirtschaftsgut sehen "vom Tisch" zu sein. Nur die EU-Kommission will sich damit noch nicht zufrieden geben. Die Privatisierung mit ihrer großen Palette von Möglichkeiten steht mehr denn je im Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Überlegungen.

* Dr. Manfred Dümmer
LAK Wasser BUND NRW
Bleichstr. 114
33607 Bielefeld
Tel. 05 21 / 32 53 85
manfred.duemmer@onlinehome.de

2. "Argumente" für eine Privatisierung

Privater Betreiber	Kommunales Unternehmen
↳ Privatisierung fördert den Wettbewerb .	↳ Mehr Wettbewerb nicht auf Dauer , s. Strom-, Gas-Sektor, zukünftig auch Abfall- und Telekommunikations-Sektor; kommunale Monopole werden durch private ersetzt.
↳ Sinken der hohen Wasserpreise aufgrund von Leistungs- und Effizienzsteigerungen	↳ Hohe Wasserpreise sind relativ. Sinken der Preise nicht auf Dauer (s. Strom-Preise); Personal-/Betriebs-Kosten sind untergeordneter Bedeutung, Investitionen ins Netz sind der wesentliche Teil der Kosten. Effizienzsteigerung durch Kooperation kommunaler Betriebe möglich. Einführung des benchmarking
↳ Der kommunale Filz wird reduziert . Die Transparenz der Privaten ist häufig noch schlechter als die der kommunalen Unternehmen.	↳ Die kommunale Kontrolle ist zumindest überhaupt möglich . Abbau des Filzes durch Einstellung von "politisch Unabhängigen" in der Geschäftsführung.
↳ Reduzierung der Vielzahl von Wasserwerken, Zentralisierung der Förderung "Wasser kommt aus der Leitung - für den Schutz sollen andere sorgen.	↳ Nutzung und Schutz lokaler GW-Vorkommen ; Verantwortungsgefühl des/r BürgersIN für "sein" Wasser
↳ Kundenorientierung steigt .	↳ Kann auch durch Vorgaben von Politik und / oder Geschäftsführung erreicht werden.
↳ Qualitätsstandards steigen .	↳ Die Wasserversorgung in der BRD weist bereits heute einen hohen Qualitätsstandard auf.
↳ Planung wird zentralisiert; Vergabe von Aufträgen erfolgt überregional .	↳ Lokaler Arbeitsmarkt profitiert , Vergabe überwiegend an lokale Firmen.
↳ Innovation aufgrund zentraler Planungen eher geringer .	↳ Innovation aufgrund angepasster lokaler Lösungen eher höher .
↳ Die Kommunen brauchen dringend die Verkaufserlöse .	↳ Die BürgerInnen bezahlen den Kaufpreis doppelt. Die Erträge kommen auf Dauer den Kommunen zugute . Erforderlich ist dringend eine Reform der Gewerbesteuer zugunsten der Kommunen. Alternative zum Verkauf: z.B. Fondsmodell Herten

Tabelle 1: "Argumente" zum "pro" und "contra" einer Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung

Die Kernforderungen der Befürworter einer Privatisierung - Wettbewerb **um** den Markt - lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Pflicht zur europaweiten Ausschreibung der Betriebsführung oder
- kompletter Teil-/Verkauf von kommunalen Wasserversorgungsunternehmen (WVU) an private Wasserversorger ebenfalls nach europaweiter Ausschreibung.

Im ersten Fall des sog. Public-Private-Partnership (PPP) bleiben die Anlagen und, Wasserrechte im Eigentum der Kommunen.

In der Tabelle 1 sind in vereinfachter Form die "Argumente" "pro" und "contra" einer Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung zusammengestellt. Danach zeigt sich, dass sich die von den Privatisierungslobbyisten immer wieder vorgetragenen Argumente weitestgehend entkräften lassen. Dies betrifft v.a. die "Hauptargumente" größerer Wettbewerb und Sinken der Wasserpreise. Aus ökologischen Gesichtspunkten ist es besonders wichtig, dass ortsnahe Grundwasservorkommen genutzt werden. In der BRD werden ca. 65 % des Trinkwassers aus Grundwasser gewonnen. Die hydrogeologischen Verhältnisse besonders in den Festgesteinsgebieten erlauben häufig nur eine lokale / regionale Versorgung. Bei einer Privatisierung besteht unter dem Druck der Gewinnoptimierung die Gefahr, dass nur noch die ergiebigen Grundwasservorkommen in Verbundsystemen genutzt und kleinere lokale Gewinnungsanlagen aufgegeben werden.

3. Privatisierung und Global Players

3.1 NRW

Aufgrund der hydrogeologischen und wasserwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Branchenstruktur mit ehemals wasserintensiver Chemie- und Stahlindustrie kam es bereits mit der Industrialisierung im Ruhrgebiet zu größeren und privaten Wasserversorgungsunternehmen wie Gelsenwasser und Rheinisch-Westfälische-Wasserwerksgesellschaft (RWW). Z.Zt. bestehen in NRW ca. 600 WVU (bundesweit ca. 6.600). In NRW werden heute wohl bereits über 50% der Verbraucher von WVU beliefert, die teil-/privatisiert sind. Im Gegensatz zum Bereich Abfallwirtschaft (4) gibt es aber bis heute keine Übersicht der WVU und der entsprechenden Beteiligungsverhältnisse. Frau Staatssekretärin Friedrich vom Umweltministerium hat es auf diesem Forum Kommunalpolitik (nochmals) abgelehnt, eine solche Zusammenstellung durch das Land NRW durchführen oder beauftragen zu lassen. Auch die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Landtag ist wiederholt von den Umweltverbänden darum gebeten worden - bis jetzt ohne Erfolg.

In den Tabellen 2 und 3 sind die in den Jahren 2000 bis 2003 getätigten bzw. geplanten Teil- / Verkäufe und Betriebsführungen von öffentlichen Wasser (WVU)- und Energieversorgungsunternehmen (EVU) im Rheinland und in Westfalen dargestellt. Danach ist es im großen Stil zur Teil- / Übernahme von kleineren und mittleren kommunalen WVU durch die großen privaten Konzerne RWE, E.ON / Gelsenwasser und Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) gekommen. Auffällig ist, dass RWE i.d.R. ("nur") Beteiligungen ab 20 % erworben hat. Hinzu kommen Kooperationen kommunaler W-/E-VU im Ruhrgebiet und Rheinland unter Beteiligung privater Unternehmen.

Kommune Rheinland	Verkaufspreis ----- Umsatz/a(DM/€)	Verkauf an ----- Betriebsführung	Anteil des Verkaufs ----- Kunden	BG*	BE*
RWW GmbH (MH, Gladbeck, BOT, RE, OB	194 Mio. € ----- 100 Mio. €	RWE - Aqua -----	14,3 → 74,9 % ----- 1 Mio. Einwohner		
GEW Köln RGW Köln SW Bonn SW Troisdorf Leverkusen	GEW Rhein-Energie AG Gemeinschaftsunterneh- men (geplant)	RWE	20 % ?		
Stadtwerke Duisburg	----- 400 Mio. €	RWE Plus Ruhrgas AG	20 % 20 %		
Stadtwerke Mönchen- gladbach		RWE Plus	49,9 %		
Stadtwerke Solingen	250 Mio. DM ----- 258 Mio. DM	Mannheimer MVV Energie AG	49 % ----- 110.000	+	
Stadtwerke Düsseldorf	875 Mia. DM + 50 Mio. DM Sonderleistung	EnBW	29,9 %	+	++
Stadt Reck- linghausen		----- Gelsenwasser für 23 Jahre			
Stadt Linnich		----- Gelsenwasser für 25 Jahre			
Stadtwerke Düren	77 Mio. € ----- 200 Mio. DM	RWE	25,15 → 74,95 % ----- 90.000 Einwohner		
Stadtwerke Krefeld Ratingen	geplante Teil-Verkäufe		<49,9 % z.Zt. 24,7 % RWE		
Velbert	geplanter Teil-Verkauf		20 %		

* BG Bürgerbegehren

+ BG / BE durchgeführt

* BE Bürgerentscheid

++ BG / BE erfolgreich durchgeführt

Tab. 2: Getätigte / geplante Teil- / Verkäufe und Betriebsführungen von öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen in 2000 - 2003 im **Rheinland** (die Tab. erhebt keinen Anspruch auf volle Richtigkeit und Vollständigkeit) (www.bund-nrw.de/wasserversorgung)

Kommune Westfalen	Verkaufspreis ----- Umsatz/a(DM/€)	Verkauf an ----- Betriebsführung	Anteil des Verkaufs ----- Kunden	BG*	BE*
Stadtwerke Paderborn	20(?) Mio. DM Wasser	PESAG (54,7 % E.ON)	100%	+	+
Stadtwerke Bielefeld	900 Mio. DM ohne ÖPNV 650 Mio. DM mit ÖPNV ----- 608 Mio. DM	Stadtwerke Bremen AG / Essent (NL) (davon 25 % E.ON)	49,9%	+	
Stadtwerke Gütersloh	110 Mio. DM	Stadtwerke Bielefeld	49,9 %		
Stadtwerke Lage	11 Mio. DM	Elektrizitätswerke Wesertal GmbH / (Fortum, Finnland)	45 % ----- 38.000		
Stadtwerke Steinheim		PESAG		++	++
Stadtwerke Minden		E-Werk Minden-Ravensberg (EMR) 25 % E.ON	100 %	+	
Wesertal, HM, LIP	740 Mio. DM 545 Mio. €	Fortum (Finnland) E.ON			
E-Werk MI-Ravensb. Kreis HF	250 Mio. DM	E.ON	25,1 % 40 % (2002)		
SW Hamm	?	?	?	++	++
Wasserw. Westfalen GmbH DO	Gemeinschaftsunternehmen	Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH Gelsenwasser	50 % 50 %		
Stadtwerke Bochum	Gemeinschaftsunternehmen	Stadtwerke Bochum Gelsenwasser	50 % 50 %		
Stadtwerke Münster			49 %	++ 3/02	++ 6/02
Stadtwerke Bad Salzuflen	> 50 Mio. €		49 %	++ 10/02	++ 2-303
Stadtwerke Soest	12,5 Mio. € (2006)				
Stadt Windeck		----- WTE, Essen			

* BG Bürgerbegehren

+ BG / BE durchgeführt

* BE Bürgerentscheid

++ BG / BE erfolgreich durchgeführt

Tab. 3: Getätigte / geplante Teil- / Verkäufe und Betriebsführungen von öffentlichen Wasser- und Energieversorgungsunternehmen (W-/EVU) in 2000 - 2003 in **Westfalen** (die Tab. erhebt keinen Anspruch auf volle Richtigkeit und Vollständigkeit)
(www.bund-nrw.de/wasserversorgung)

Beginnend mit dem Verkauf der Stadtwerke Düsseldorf und Paderborn haben sich Initiativen aus Umweltverbänden und / oder der Gewerkschaft Ver.di gegründet, die über Bürgerbegehren und -entscheide einen vollständigen Teil- / Verkauf verhindert haben. Die Bürgerentscheide wurden dabei z.T. durch undemokratische Rahmenbedingungen wie geringe Anzahl von Wahllokalen, keine Briefwahl sowie massive Werbung der kaufinteressierten Konzerne erheblich erschwert und haben wie in Paderborn ein Scheitern des Bürgerentscheides erst ermöglicht.

3.2 Europa und weltweit

Etwa 20 WVU teilen sich den Weltmarkt auf. Unter den zehn größten WVU weltweit sind 8 aus Europa - darunter auch RWE und E.ON / Gelsenwasser. Die Firmen Veolia Environnement (ehem. Vivendi) und Suez/ONDEO sind mit einem Weltmarktanteil von 13 % und 8% die größten Global Players (5, 6). Mit 3 % folgt Thames Water / RWE. Suez / ONDEO ist in ca. 130 Ländern mit ca. 115 Mio. Verbrauchern, Veolia/Vivendi in 100 Ländern mit 110 Mio. Kunden tätig. RWE kommt auf 64 Mio. Verbraucher. 1.2 Mia. Menschen haben noch keinen sicheren Zugang zu sauberem Wasser. Um dies zu ermöglichen, wäre nach Angaben der Weltbank eine Verdopplung der Investitionen auf 160 Mia. US-\$ pro Jahr erforderlich.

Der französische Konzern **Vivendi** stieg unter seinem Chef Messier bis 2002 zum 2. größten Medienkonzern der Welt (Vivendi Universal) mit seiner Wasser- und Umweltsparte Vivendi Environnement auf. Der Umsatz sollte zwischen 2000 und 2004 um ein Drittel steigen. Die Expansion wurde mit 35 Mia. € Schulden erkaufte bei einem Umsatz von 29 Mia. € in 2001. Im Sommer 2002 drohte nach einem dramatischen Kurssturz um fast 25% der Konkurs. Nach seiner Entlassung fordert Messier vor amerikanischen Gerichten eine Abfindung von 20.5 Mio €!! Vivendi Environnement wurde in **Veolia** umbenannt. Veolia ist in Deutschland unter dem u.a. zusammen mit RWE an den Berliner Wasserbetrieben beteiligt und unter dem Namen OEWA in Ostdeutschland tätig.

Der französische Mischkonzern **Suez** mit seiner Tochter **ONDEO** erreicht einen Umsatz von ca. 9 Mia €. In der BRD ist Suez unter dem Namen Eurawasser in Rostock und Goslar tätig.

Saur gehört zum französischen Baukonzern Bouygues und ist bes. stark in Afrika aber auch auf den Philippinen tätig. Der Konzern versorgt ca. 52 Mio. Kunden und erzielt dabei einen Umsatz von ca. 2.5 Mia. €. In der BRD ist Saur bisher noch nicht tätig geworden.

Die Monopolsituation der französischen (und z.T. auch englischen) Konzerne auf ihren Heimatmärkten mit großen Gewinnen macht ihre globale Marktmacht erst möglich.

RWE, 1898 von den Kommunen im Ruhrgebiet gegründet, ist ein deutscher Spätstarter auf dem Weltmarkt. Nach dem Verkauf der Mineralölgesellschaft DEA übernahm RWE in 2000 für 7 Mia. € Thames Water, danach u.a. auch den bisher 7. größten Wasserkonzern American Water Works für 7.8 Mia. €. RWE hielt schon in der Vergangenheit viele Minderheitsbeteiligungen an kommunalen Unternehmen im Ruhrgebiet und Rheinland. Wie die Tabelle 2 zeigt, stockte RWE diese Beteiligungen zwischenzeitlich erheblich auf und wurde durch die Mehrheitsbeteiligung bei der RWW regionaler Monopolist. Zusammen mit Vivendi/Veolia kaufte sich RWE 1999 bei den Berliner Wasserbetrieben (BWB) ein. RWE (Aqua GmbH) erwirtschaftet etwa 20% am Umsatz von RWE und ist der ertragsstärkste

Bereich. Der Konzern versorgt etwa 56 Mio. Kunden in 44 Ländern, davon 11 Mio. in der BRD.

E.ON entstand 1990 durch die Fusion der VEBA und der VIAG. E.ON ist an der Fa. Gelsenwasser mit 80.5 % beteiligt. Die Wasser- (und Gas-) Tochter Gelsenwasser erreichte in 2001 einen Umsatz von ca. 380 Mio.€ mit einem Gewinn von ca. 40 Mio. € in 2002. Gelsenwasser ist verstärkt im Ruhrgebiet und in Ostwestfalen-Lippe aktiv sowie in Mittel- und Osteuropa und versorgt ca. 2.7 Mio. Einwohner. Nach der Übernahme der Fa. Ruhrgas in 2002 muss E.ON entsprechend der Auflage des Bundeskartellamtes - nach Ministererlaubnis gegen seinen Willen - die Fa. Gelsenwasser bis Mitte August 2003 verkaufen. Teilnehmer am "Gelsenwasser-Monopoly" sind der Rethmann- Konzern (Abfallentsorger), sowie die Bieterkonsortien Mannheimer Versorgungs- und Verkehrs-AG (MVV) mit den Hamburger Wasserwerke (HWW), die Stadtwerke Bochum und Dortmund (an denen Gelsenwasser selbst zu 50 % beteiligt ist), sowie Veolia mit den Stadtwerke Düsseldorf, die erst 2001 zu 29.9% an EnBW verkauft worden sind. Als Kaufpreis werden 800 Mio. € bis 1.2 Mia. € gehandelt. Ende Juli 2003 wurde der E.ON-Anteil an Gelsenwasser für 835 Mio. € an die Stadtwerke Bochum/Dortmund verkauft.

Von den in den Jahren 2000 und 2001 dem Bundeskartellamt gemeldeten 60 Erwerbsfällen an kommunalen Unternehmen entfallen 40 auf RWE und E.ON.

Die Diskussion um die Liberalisierung des Wassermarktes in der BRD ist in erheblichem Maße auf die Forderungen der o.g. Global Players zurückzuführen "Die jetzige rot-grüne Bundesregierung ist an einer leistungsfähigen deutschen Wasserwirtschaft interessiert, die auch eine starke Rolle auf dem Weltmarkt spielt, der erheblich an Bedeutung gewinnt" (7).

4. Aktivitäten der Umweltverbände (BUND und "Verbündete")

Der BUND hat sich zusammen mit anderen Umweltverbänden/NGO in der Vergangenheit gegen Liberalisierung/Privatisierung und immer für den Erhalt einer öffentlichen Wasserversorgung in kommunaler Trägerschaft nicht nur in der BRD sondern weltweit ausgesprochen. U.a. wurde dies veröffentlicht in:

BUND-Hintergrund - Privatisierung der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung?
Nein Danke! (1995)

Netzwerk Unser Wasser: Positionspapier Liberalisierung und Privatisierung der
Wasserwirtschaft, 2000

Positionspapier der NGO zur Weltsüßwasserkonferenz in Bonn 2001

Interessengemeinschaft Kommunale Trinkwasserversorgung in Bayern: Kein Ausverkauf
unserer Lebensgrundlage, IKT-Info-Dienst Nr. 45/2001 (S. Schönauer)

Friends of the Earth: Dirty Water - the environmental and social records of four multinational
water companies.- 11 S., London 2001

Forum Umwelt & Entwicklung: Bilanzpapier zur internationalen Wasserpolitik (UN-Weltgipfel
Johannesburg, Rio + 10), 2002.

Der BUND-Landesverband unterstützt auch die Forderungen der sog. "Schwerter Erklärung", die als Folge der letztjährigen Tagung der Ev. Akademie Iserlohn "Das Geschäft mit dem Wasser?! - Ein Lebensmittel im Spannungsfeld zwischen Kommerzialisierung" und "Daseinsvorsorge" entstand ((8), www.schwerter-erklärung.de).

Zusammenfassend lässt sich die Position der Umweltverbände/NGO zur Liberalisierung und Privatisierung in der Wasserwirtschaft in drei Thesen zusammenfassen:

1. Eine zukunftsfähige Wasserversorgung muss dauerhaft umweltverträglich, qualitativ hochwertig, sozial gerecht und wirtschaftlich tragfähig sein.
2. Die Liberalisierung und Privatisierung in der Wasserversorgung (und Abwasserentsorgung) steht einer nachhaltigen Wassernutzung entgegen.
3. Den Privatisierungsbestrebungen liegen ausschließlich finanzielle Ziele zugrunde. Ökologische und soziale Probleme bleiben außer Acht.

Um auf Dauer eine öffentliche Wasserversorgung in kommunaler Trägerschaft zu erhalten, müssen Umweltverbände /BUND (zumindest) in NRW und auf nationaler Ebene folgende Vorschläge/Alternativen und Forderungen in die Öffentlichkeit/Politik tragen:

- Herauslösung der Wasserver- und Abwasserentsorgungsbetriebe aus dem kommunalen Haushalt - nur so sind eine versteckte Gewinnabführung an die Kommune und Vergleiche im Wettbewerb möglich (benchmarking, (9, 10))
- Bildung von Kooperationen / Fusionen von Stadtwerken auf lokaler / regionaler Ebene (gemeinsamer Einkauf, zentrale Steuerung der Anlagen, verbesserter Kundenservice)
- technische, organisatorische und finanzielle Unterstützung von Kooperationen durch Land und Bund
- Erwerb von Stadtwerke-Anteilen durch Mitarbeiter und Bürger (z.B. Herten-, Blauer Pension-Fonds)
- nachhaltige Wasserwirtschaft als Teil des Agenda 21-Prozesses unter Einbeziehung der BürgerInnen, sich für **ih**r Trinkwasser vor Ort einzusetzen
- Bildung von aquatischen Städtepartnerschaften (nicht nur in Deutschland und Europa sondern weltweit)
- Hinweis auf die vielen Nachteile der Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung, wie z.B. Unkontrollierbarkeit der Multis "Wasserkampf statt Klassenkampf"
- "gemeinsame Sache" mit politischen Parteien (Koalitionen zum Erhalt der kommunalen Wasserversorgung sind sehr vielfältig), der Gewerkschaft Ver.di und den Kirchen (die einzigen, die neben den Umweltverbänden aktiv werden)

- Erlass einer bürgerfreundlichen Durchführungsverordnung für Bürgerentscheide durch das Land NRW
- Reform der Kommunalfinanzen durch den Bund durch Erweiterung der Gewerbesteuer oder durch Einführung einer Bürgersteuer/Lokale Wirtschaftssteuer (11).

In diesem Zusammenhang wird auf die Optimierungskampagne des AK Wasser im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) für die kommunale Wasserwirtschaft hingewiesen (12).

5. Neue Herausforderungen

5.1 Cross-Border-Leasing

Eine Privatisierung ganz neuer Art entsteht beim sog. Cross-Border-Leasing. Es entstehen zwei Besitzer gleichzeitig. Dies funktioniert so:

Die Kommunen vermieten gemeindliche Anlagen für einen Zeitraum von zumindest 99 Jahren an einen US-Investor. Von dem werden die Anlagen sofort über einen Untermietvertrag mit kürzerer Laufzeit von ca. 25 bis 30 Jahren zurückgemietet. Die Kommune bleibt nach deutschem Zivilrecht Eigentümer. Wegen der langen Laufzeit gilt der US-Investor nach amerikanischem Steuerrecht als wirtschaftlicher Eigentümer und kann die Investitionen steuerlich abschreiben. Von den ersparten Steuern bekommt die Kommune einen Anteil als sog. Barwertvorteil ausbezahlt. Er beträgt ca. 4 bis 6% des gesamten Geschäftes. Seit Mitte der 90iger Jahre wurden in der BRD bisher ca. 150 Verträge abgeschlossen (13, 14).

CBL-Verträge haben aus der Sicht der Umweltverbände/Globalisierungskritiker eine ethisch-moralische und eine finanzielle Dimension aufgrund einer Vielzahl von Risiken, die letztlich für Kommunen, Land und Bund bestehen. Die Risiken von CBL-Verträgen sind zusammengefasst u.a.

- langfristige Bindung und Leistungsstörungen
- Änderungen des Steuerrechts
- Konkursrisiko von US-Investor und/ oder Banken
- Überforderung von Politikern, Intransparenz der in englischer Sprache gehaltenen, sehr umfangreichen Verträge.

Im Gegensatz zu NRW sprechen sich die Landesregierungen u.a. in Bayern, Brandenburg und Sachsen gegen die genannten Risiken von CBL-Geschäften aus. In NRW wird CBL offiziell nur von der FDP, wie dies durch den MdL Schultz-Tornau auf dieser Veranstaltung vertreten wurde - abgelehnt. CDU / SPD und B 90 / Die Grünen - siehe Statement des kommunalpolitischen Sprechers MdL Groth auf diesem Forum Kommunalpolitik - warnen lediglich vor den Risiken, lehnen CBL aber nicht generell ab (15). Gerade innerhalb von B90/Die Grünen gehen die Meinungen an der Basis stark auseinander, wie die Beiträge im Reader eines entsprechenden Fachgespräches erkennen lassen. Sie reichen von. " Die

Risiken sind erkannt und insgesamt als beherrschbar einzustufen. Eine moralische Dimension der Transaktion ist nicht zu erkennen." (16) bis " Die Kommunen werden zum Helfershelfer für eine organisierte Steuerflucht von amerikanischen Banken und Investoren, die dem Fiskus eine Investition vortäuschen, die in der Realität ohne jede wirtschaftliche Substanz ist" (17). Die SPD in NRW lässt ihr Informationsheft gleich von einem Mitarbeiter der WestLB schreiben, der dort auf "komplexere Finanztransaktionen wie CBL, Privatisierung und Schuldenmanagement der Kommunen" spezialisiert ist (18). Auf 48 Seiten wird zur ethisch-moralischen Komponente nur dies formuliert: "Ferner gibt es die grundsätzliche Frage der Sinnhaftigkeit insbesondere aus Kreisen, die die Globalisierung der Weltwirtschaft ökonomisch für nicht sinnvoll erachten (gemeint sind wohl Umweltverbände, Attac, NGO), da hier erhebliche Nachteile für die in diesem System tätigen Menschen zu erwarten sind.... Deshalb sollte man als Stadtrat auch zu diesem Fragenkreis eine Position entwickeln".....

Der BUND NRW hat sich wie z. B. auch das globalisierungskritische Netzwerk Attac gegen den Abschluss von CBL-Geschäften ausgesprochen. Dokumentiert ist dies z.B. in:

- BUND NRW: Cross-Border-Leasing - Risiken der Leasing-Deals.- BUND aktuell vom 13.12.2002
- BUND NRW, AK Deregulierung: CBL - der verheimlichte Knackpunkt.- 25.03.2003
- BUND NRW, AK Deregulierung: CBL - Einfallstor für GATS, März 2003.

Der BUND ist strikter Gegner von CBL-Geschäften, da es grundsätzliche Auffassung des BUND ist, dass kommunale Anlagen, mit denen Dienstleistungen für die Bürger und Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllt werden, nicht der Verfügungsgewalt der Kommunen und damit der Kontrolle der Bürger entzogen werden dürfen. Dies gilt z.B. für den Fall der vorzeitigen Kündigung des Rückmietverhältnisses im Falle einer Vertragsverletzung. Bei umweltrelevanten Gütern wie Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen ist die Gefahr des Verlustes der Verfügungsgewalt und der Kontrolle der verleasten kommunalen Anlagen von besonderer Bedeutung.

Gegnern von CBL-Geschäften haben bisher mit zwei Bürgerbegehren/-entscheiden in Recklinghausen - mit starker Unterstützung des BUND - und Kulmbach erreicht, dass ihr Kanalnetz nicht veräußert wurde.

5.2 WTO - GATS

Das GATS (General Agreement on Trade in Services) trat Anfang 1995 in Kraft. Die WTO-GATS-Verhandlungen haben zum Ziel, ab Anfang 2005 alle öffentlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge (Energie, Wasser, Abfallbeseitigung, Transport, Telekommunikation, Post, Medien, Finanz- und Versicherungsleistungen, Bildungs- und Ausbildungssystem, soziale Dienste) weltweit zu liberalisieren (19). Bis Mitte Juni 2002 mussten die WTO-Mitgliedsländer ihre Marktöffnungsforderungen gegenüber anderen Staaten bekannt geben. Von 72 WTO-Mitgliedern verlangt die EU stellvertretend für die Nationalstaaten - mit Einverständnis der rot-grünen Bundesregierung - die Öffnung der Trinkwasserversorgung. Die EU selbst hat keine Marktöffnungsangebote unterbreitet. Auf der Ministerkonferenz der WTO im September in Cancun / Mexico soll eine Zwischenbilanz der bisherigen GATS-Verhandlungen gezogen werden. Bei Realisierung würde der Druck auf eine Privatisierung noch weiter steigen. Nutznießer solcher Regelungen wären vor allem die Global Players. Die BRD hat

bisher einen Vorbehalt bezüglich der Öffnung der Wassermärkte eingelegt, indem sie die Wasserversorgung als sensiblen Bereich deklariert hat (20).

Nicht zu akzeptieren ist, dass die bisherigen Verhandlungen europaweit unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden haben und nur die Wirtschaft an den Stellungnahmen der Bundesregierung beteiligt worden ist.

Anlässlich der Bundestagsdebatte zur WTO-Ministerkonferenz in Cancun haben sich in einer gemeinsamen Presseerklärung das Netzwerk Attac, Brot für die Welt, der BUND, der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und die Gewerkschaft ver.di dafür ausgesprochen, dass die EU ihre Forderungen zurückzieht. Diese gefährden die Zugangsrechte armer Bevölkerungsgruppen zu Trinkwasser weltweit. Die betroffenen Staaten der "3. Welt" müssten auf staatliche Regulierungen wie Preisobergrenzen oder Auflagen zum Anschluss der Armenviertel verzichten (21) (www.attac.de, www.gats.de, www.gats-kritik.de, www.vku.de, www.brot-fuer-die-welt.de).

Die USA sind die treibende Kraft bei den WTO-GATS-Verhandlungen. Als weltweit stärkste Volkswirtschaft werden sie von egoistischen Interessen geleitet. Sobald aber ihre eigenen Interessen durch andere betroffen werden, schotten sie ihren Markt rigoros ab. Die Deutsche Post/DHL beklagt, dass der Senat eine Erweiterung zum Gesetz über das Kriegsbudget durchgesetzt hat, wonach eine Fluglinie nicht mehr als US-Gesellschaft gelte (und damit erheblichen Restriktionen unterworfen ist), wenn sie mehr als 50% ihrer Umsätze mit ausländischen Kunden macht. Dies trifft in den USA aber nur für DHL-Airways zu. Die Lobby der amerikanischen Logistik-Riesen United Parcel Service (UPS) und FederalExpress (FedEx) hat sich der Politik bedient. Während der Brief- und Paketmarkt in der BRD schon weitgehend liberalisiert wurde, ist dies in den USA nicht der Fall. Die Fa. ThyssenKruppAG hat den Anteil des iranischen Staates auf unter 5% senken müssen, um den Ausschluss von öffentlichen Aufträgen in den USA zu verhindern (lt. Tageszeitung "Neue Westfälische, Bielefeld, vom 20. Mai 2003). Auch das wäre ein Thema für die WTO!! Die exorbitante Subventionierung amerikanischer Investoren und Banken im Rahmen des beschriebenen CBL sollte von der EU ebenfalls in die Gremien der WTO getragen werden, weil dadurch eine massive Wettbewerbsverzerrung entsteht.

Der BUND NRW hat zum Thema GATS zwei Publikationen herausgegeben:

GATS und Demokratie - 30 Fragen und Antworten, Juni 2003

Stoppt die Zerstörung unserer Demokratie, Schluss mit den GATS-Verhandlungen, 2003.

5.3 Daseinsvorsorge im Sinne der EU

Wer gedacht hat, dass das Thema "Liberalisierung" nicht nur in der BRD sondern auch in der EU "ad acta" gelegt ist, wurde Anfang Mai 2003 enttäuscht. Der Binnenmarktkommissar F. Bolkestein lässt nicht locker und legte einen 10-Punkte Plan zur EU- Binnenmarktstrategie für die Jahre 2003 bis 2006 vor. In dem Papier wird Wasser lediglich als Handelsware gesehen und nicht wie in der EU-Wasserrahmenrichtlinie "als ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss". Lt. 10-Punkte-Plan wird "die Kommission auch die Wettbewerbssituation im Wassersektor prüfen, einem nach wie vor fragmentierten Wirtschaftszweig, in dem eine Modernisierung von Vorteil sein dürfte. Bis zum Jahr 2010 soll sich die EU zum wettbewerbsfähigsten Raum der Welt entwickeln" (www.europa.eu.int/comm/internal_market/de/update/strategy/index).

Die EU-Kommission hat im Mai 2003 das "Grünbuch zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse" (KOM (2003) 270 endgültig) vorgelegt. Darin kommt die (www.europa.eu.int/comm/secretariat_general/services-general_interest/index_de). Wasserwirtschaft fast nicht vor. Dies könnte bedeuten, dass die EU-Kommission Wasserver- und Abwasserentsorgung (zunächst) nicht wie andere netzgebundene Dienstleistungen betrachtet und nicht dem Wettbewerb unterwerfen will (22).

6. Zusammenfassung

Sowohl auf nationaler wie internationaler Ebene (EU, WTO-GATS) gibt es nach wie vor erhebliche Aktivitäten, die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung als Teil der Daseinsvorsorge voll dem Wettbewerb zu unterwerfen und die Rahmenbedingungen für eine Privatisierung zu verbessern. Alle politischen Parteien in der BRD haben sich bis heute gegen eine Liberalisierung aber nicht eindeutig auch gegen eine Privatisierung der Wasserver- und Abwasserentsorgung in kommunaler Trägerschaft national und international ausgesprochen. Durch die sehr schwierige Haushaltslage der Kommunen sehen diese einen Teil-Verkauf öffentlicher Unternehmen zunehmend als letzte Option an. Dies gilt auch für das "moderne Finanzinstrument" Cross-Border-Leasing. Der Druck, solche Geschäfte abzuschließen, wird sich nur durch eine Gemeindefinanzreform verringern lassen.

Der BUND hat sich in der Vergangenheit immer gegen eine Privatisierung, Abschluss von CBL-Geschäften und die Herausnahme der Leistungen zur Daseinsvorsorge aus den WTO-GATS-Verhandlungen ausgesprochen.

Um sich in der Mediengesellschaft überhaupt noch Gehör bei Bürgern und Politikern verschaffen zu können, ist es dringend erforderlich, dass die "Kleinstaaterei" von verschiedenen Umweltverbänden, GlobalisierungskritikerInnen (wie Attac), Dritte-Welt- und kirchlichen Gruppen beendet wird. Gemeinsame Aktionen wie der Kongress "McPlanet.com - Die Umwelt in der Globalisierungsfalle", der von Attac, BUND und Greenpeace in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie veranstaltet wurde, müssen zukünftig die Regel und nicht die Ausnahme sein. Aussagen auf dem o.g. Kongress treffen hinsichtlich Analyse, Bewertung und Zielsetzung genau den Kern der Materie: "Die Umwelt- und die globalisierungskritische Bewegung müssen sich enger verzahnen und ihre Stärken bündeln. Ökos, Attacis und Dritte-Welt-Bewegungen gehören zusammen. Um die Umwelt zu schützen, muss der Norden seinen Lebensstil und sein Konsumverhalten in Frage stellen. Umweltschutz darf nicht zur Fachdebatte werden, sondern braucht den Druck der Verbraucher.. Den Globalisierungsgegnern und der Umweltbewegung ist es in den letzten Jahren gelungen, Leitbilder wie soziale und ökologische Gerechtigkeit sowie demokratische Teilhabe in weiten Teilen der Bevölkerung zu verankern. Damit ist der Mythos, die neoliberale Globalisierung schafft Reichtum für alle, angeknackst. Wir brauchen endlich eine Politik, die sich gegenüber der derzeitigen Globalisierung nicht geschlagen gibt, sondern den Mut hat, soziale und ökologische Standards gegen die Handelsinteressen großer Konzerne durchzusetzen.

Die politische Realität - zumindest auf kommunaler Ebene - ist dagegen in einem Kommentar "Demokratie einer Elite" in der Tageszeitung "Neue Westfälische" (Bielefeld, Autor: A. Ley) zutreffend beschrieben: "Heute nutzen die Regierenden die noblere Umgebung von verschwiegenen Aufsichtsratssitzungen.....Wenige Köpfe sagen, wo es lang geht.

Der Rest nickt die Beschlüsse ab.....Gleichgültig, wie eine Wahl ausgeht, die politische Elite sitzt ungefährdet in den Volksvertretungen.....Der Zwang zu wirtschaftlicherem Denken hat eine Entdemokratisierung der Demokratie zur Folge. Was früher der unpopuläre "Sachzwang" war, für den sich die Politiker immerhin öffentlich verantworten mussten, ist jetzt verlagert in formal selbstständige Wirtschaftsbetriebe. In den Rathaus-Parteien hat sich eine Elite verselbstständigt, die über Mandatsbezüge und Sitzungsgelder, Aufwandsentschädigungen und die Freistellung aus beamten- oder beamtenähnlicher Diensttätigkeit professionell Politik macht. Mit den Satelliten-Unternehmen der Stadt hat sie sich ein Umfeld geschaffen, das sie nicht nur an Wahltagen mit einem Schutzschild gegen die Bürger umgibt." Dem ist nichts hinzuzufügen.- nur die Hoffnung, dass es hoffentlich nicht überall so ist oder wird....

Literatur und Quellenverzeichnis

- | | | |
|-----|---|---|
| (1) | SPD / Bündnis 90/Die Grünen NRW | Koalitionsvertrag 2000 bis 2005 vom 13. Juni 2000 "Eine Allianz für NRW" (www.gruene-nrw.de) |
| (2) | SPD / Bündnis 90/Die Grünen | Koalitionsvertrag 2002 - 2006 vom 16.10.2002 "Erneuerung - Gerechtigkeit - Nachhaltigkeit" (www.gruene-fraktion.de) |
| (3) | Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) | BMWi-Forschungsvorhaben (11/00) "Optionen, Chancen und Rahmenbedingungen einer Marktöffnung für eine nachhaltige Wasserversorgung.- 72 S. Berlin 2001 |
| (4) | Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverband NRW (AAV) | Strukturen in der kommunalen Abfallwirtschaft in NRW.- Jahresbericht 2000, S. 26-29, Hattingen 2001 |
| (5) | Brot für die Welt | Wasser für alle - eine globale Herausforderung.-83 S., Stuttgart 2003 |
| (6) | Geiler, N. | Wasser - Privatisierung und Liberalisierung im Ausland.- AMOS, <u>35</u> , H. 4, S. 12 - 16, Marl 2002 |
| (7) | Hoering, U. | Vom Local Hero zum Global Player.- AMOS, <u>35</u> , H. 4, S. 9 - 11, Marl 2002 |
| (8) | AMOS e.V., Heinrich-Böll-Stiftung NRW, Umweltpfarramt | Schwerter Erklärung für eine soziale und ökologische Wasserwirtschaft. - AMOS, <u>35</u> , H. 4, S. |

- EkvW 7 - 8, Marl 2002 (www.schwerter-erklaerung.de)
- (9) Merkel, W. & Overath, H. Benchmarking als Bestandteil der Modernisierungsstrategie in der Wasserversorgung.- Gewässerschutz-Wasser-Abwasser (GWA), 190, S. 44/1 - 44/18, Aachen 2003
- (10) Eichenseer, E. Benchmarking bei Wasserversorgungsunternehmen - Erfahrungen aus einem bayerischen Pilotprojekt.- Gewässerschutz-Wasser-Abwasser (GWA), 190, S. 45/1 - 45/26, Aachen 2003
- (11) Schmid, F. & Fuchs, T. Gemeindefinanzen vor dem Kollaps.- in: isw-Wirtschaftsinfo "Bilanz 2002, Ausblick 2003 - Fakten & Argumente zur wirtschaftlichen Situation".-, 35, S. 23 - 24, München 2003
- (12) Geiler, N.. Optimierungsstrategien für die kommunale Wasserwirtschaft.- in: Stellungnahme der Umweltverbände zur Anhörung des Umweltausschusses zur "Wasserliberalisierung" am 18.06.2003 im Ns. Landtag, S. 11 - 15
- (13) Rügemer, W. Schmutzige Peanuts aus der globalen Steuerflucht - immer mehr Städte spielen bei "CBL" mit.- AMOS, 35, H. 4, S. 17 - 18, Marl 2002
- (14) BBU AK Wasser BBU-Wasserrundbrief, 22, Nr. 711 vom 24. April 2003, Freiburg
- (15) BBU AK Wasser BBU-Wasserrundbrief, 22, Nr. 724 vom 7. Juli 2003, Freiburg
- (16) Busch, M. CBL- "Manna vom Himmel" oder "globaler Steuerbetrug".- in: Ergebnisse des Fachgesprächs vom 14.11.2002: CBL - Chance oder Risiko für die Kommunen.- S. 9 -14, Düsseldorf 2003
- (17) Schmidt, T. CBL - Organisierte Steuerflucht mit unkalkulierbaren Risiken.- in: Ergebnisse des Fachgesprächs vom 14.11.2002: CBL - Chance oder Risiko für die Kommunen.- S. 15 -17, Düsseldorf 2003
- (18) Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW (SGK) US Cross-Border Lease: Ein modernes Finanzinstrument mit Risiken.- SGK-Argumente, Nr. 17, 49 S., Düsseldorf 2003

- (19) Crummenerl, J. & Sünner, A. GATS - Dienstleistungen werden zur Ware.- AMOS, 35, H. 4, S. 19 - 20, Marl 2002
- (20) Fritz, Th. Stoppt die GATS-Verhandlungen! initiativ - ökumenische Initiative eine Welt, Rundbrief Nr. 102, S. 1- 2, Diemelstadt 2003
- (21) Bündnis fordert Rücknahme der Marktöffnungs-
forderungen - Stellungnahme von attac, BUND,
VKU, ver.di und Brot für die Welt.- EUWID
(Europäischer Wirtschaftsdienst) Wasser und
Abwasser Nr.15 vom 22.07.2003, 6, S. 3,
Gernsbach
- (22) BBU AK Wasser BBU-Wasserrundbrief, 22, Nr. 721 vom 22. Juni
2003, Freiburg

Hinweis:

Alle im Text und im Literatur-/Quellenverzeichnis genannten Artikel können direkt beim Autor angefordert werden.

Der LAK Wasser des BUND NRW ist dankbar für jede Art von Hinweisen auf eine (geplante) Privatisierung kommunaler Wasserver- und Abwasserentsorgungsunternehmen in NRW.